

Springer-Lehrbuch

Weitere Bände in dieser Reihe
<http://www.springer.com/series/1183>

Nikolaus Marsch • Yoan Vilain
Mattias Wendel
(Hrsg.)

Französisches und Deutsches Verfassungsrecht

Ein Rechtsvergleich



Springer

Herausgeber

Nikolaus Marsch
Institut für Medien- und Informationsrecht
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
Freiburg
Deutschland

Mattias Wendel
Walter-Hallstein-Institut für Europäisches
Verfassungsrecht
Humboldt-Universität zu Berlin
Berlin
Deutschland

Yoan Vilain
European Law School
Humboldt-Universität zu Berlin
Berlin
Deutschland

Die Drucklegung dieses Lehrbuchs wurde durch einen Druckkostenzuschuss der Humboldt European Law School (Mittel der Deutsch-Französischen Hochschule) gefördert.

ISSN 0937-7433

Springer-Lehrbuch

ISBN 978-3-642-45052-5

DOI 10.1007/978-3-642-45053-2

ISBN 978-3-642-45053-2 (eBook)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer

© Springer-Verlag Berlin Heidelberg 2015

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer Berlin Heidelberg ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media
(www.springer.com)

Vorwort

Dieses Buch ist das Ergebnis einer deutsch-französischen Freundschaft, die aus dem gemeinsamen Interesse am Verfassungsrecht entstanden ist und mittlerweile weit darüber hinausreicht. Es ist eine Freundschaft, die im fachlichen Diskurs kritische Rückfragen aushält, ja vielmehr daran gewachsen ist. Nach ersten persönlichen Begegnungen anlässlich des deutsch-französischen Doktorandenkollegs im öffentlichen Recht reifte die Idee heran, den vorliegenden Rechtsvergleich gemeinsam in Angriff zu nehmen. In die Entstehungsphase der Jahre 2012 bis 2014 fallen insgesamt fünf Autorentreffen in Paris, Berlin und Freiburg mit jeweils intensiven Diskussionen über Methode, Aufbau, Struktur, Schwerpunktsetzung und Zielgruppe. Es würde uns außerordentlich freuen, wenn es uns gelungen wäre, zumindest einen Teil dieser für uns so fruchtbaren und bereichernden Diskussionen in Gestalt des Buches an die Leser weiterzugeben.

Dank für finanzielle und ideelle Unterstützung der Entstehungsphase gebührt der Deutsch-Französischen Hochschule. Die Drucklegung wurde durch die Humboldt European Law School mit Mitteln der Deutsch-Französischen Hochschule gefördert. Für fachlichen Zuspruch und weiterführende Anregungen ganz nachdrücklich bedanken möchten wir uns in diesem Zusammenhang bei *Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann, Prof. Dr. David Capitant, Prof. Dr. Johannes Masing, Prof. Dr. Olivier Jouanjan, Prof. Dr. Franz C. Mayer, Prof. Dr. Matthias Jestaedt, Prof. Dr. Constance Grewe* und *Prof. Dr. Martin Eifert*. Herzlicher Dank für vielfältige Unterstützung und die Gewährung wissenschaftlichen Freiraums gebührt zudem *Prof. Dr. Dr. Stefan Grundmann, Prof. Dr. Dr. h.c. Ingolf Pernice* und *Prof. Dr. Jens-Peter Schneider*. Entwürfe und Teile einzelner Kapitel gelesen und mit wertvollen Anmerkungen versehen haben *Hans-Peter Marsch, Dr. Philipp Reimer, Dr. Angela Schwerdtfeger* und *Dr. Philipp Wittmann*. Besondere Verdienste um das vorliegende Werk erworben haben sich schließlich *Lena-Sophie Deißler, Linda Engelbrecht, Ann Kathrin Gerstner, Martin Haufe, Caroline Janssen, Miriam Jordan, Elena Kullak, Kathrin Nager, Anna-Julia Saiger, Isabelle Tassius, Martin Wapenhans, Sophia Weber* und *Laura Wolfstädter*, die die Mühe des Korrekturlesens, der sprachlichen Assistenz und der Mithilfe bei Register und anderen Verzeichnissen auf sich genommen haben. *Anke Seyfried* hat die Betreuung von Seiten des Springer-Verlags in überaus

kompetenter, zielführender und liebenswerter Weise übernommen. Auch hierfür möchten wir uns herzlichst bedanken.

Ausdrücklich möchten wir die Leserschaft zu Hinweisen und Feedback jeglicher Art ermuntern, verbunden mit dem Wunsch, dass nicht nur eine breite Leserschaft dieses Buch als hilfreich für die eigenen Studien empfinden und als Anstoß für weiterführende Forschungsvorhaben wahrnehmen, sondern es zugleich zum Ausgangspunkt eines eigenen, kritisch-reflexiven Gedankenverkehrs zwischen französischem und deutschem Verfassungsrecht nehmen möge.

Berlin und Freiburg, im Oktober 2014

Nikolaus Marsch
Yoan Vilain
Mattias Wendel

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	IX
Autorenverzeichnis	XXI
Recherchehinweise und allgemeines Literaturverzeichnis	XXIII
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
§ 1 Einführung	1
Nikolaus Marsch und Mattias Wendel	
§ 2 Verfassungsgeschichtliche Grundlagen	7
Aurore Gaillet	
§ 3 Verfassungsprinzipien	45
Yoan Vilain	
§ 4 Parlament – Präsident – Regierung	121
Yoan Vilain und Mattias Wendel	
§ 5 Rechtsetzung	215
Nikolaus Marsch	
§ 6 Verfassungsgerichtsbarkeit	275
Nikolaus Marsch	
§ 7 Grundrechte	323
Thomas Hochmann	
§ 8 Verfassungsrecht – Völkerrecht – Europarecht	373
Mattias Wendel	

§ 9 Perspektiven	429
Aurore Gaillet	
Personen- und Sachregister	453

Inhaltsverzeichnis

Autorenverzeichnis	XXI
Recherchehinweise und allgemeines Literaturverzeichnis	XXIII
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
§ 1 Einführung (Nikolaus Marsch und Mattias Wendel)	1
§ 2 Verfassungsgeschichtliche Grundlagen (Aurore Gaillet)	7
I. Rechtsvergleichung in Raum und Zeit	8
II. Grundgesetz und V. Republik als historische Brüche?	11
1. Grundzüge des Verfassungsrechts der Weimarer Republik	11
a) Die Organisation der Staatsgewalten im Verfassungstext	12
aa) Reichstag, Reichsrat und Reichswirtschaftsrat	12
bb) Reichspräsident und Reichsregierung	13
cc) Ein instabiler Parlamentarismus	13
b) Die Staatsgewalten in der Verfassungspraxis	14
2. Grundzüge des Verfassungsrechts der III. und IV. Republik Frankreichs	15
a) Die III. Republik	16
aa) Die Organisation der Staatsgewalten im Verfassungstext	16
bb) Die Staatsgewalten in der Verfassungspraxis	17
b) Die IV. Republik	20
aa) Die Organisation der Staatsgewalten im Verfassungstext	20
bb) Die Staatsgewalten in der Verfassungspraxis	21
3. Die „Lehren“ aus der Vergangenheit	22
a) Von Weimar zum Grundgesetz: Der „historische Doppelbezug“ des Grundgesetzes	22
b) Die V. Republik Frankreichs als Gegenentwurf zu den parlamentarischen Systemen der III. und IV. Republik	24
c) Bilanz und Fazit: Parallelen in der jüngeren Verfassungsgeschichte	26
III. Die historische Verankerung der fundamentalen Strukturprinzipien – Grundprinzipien der Verfassungsordnungen	27
	IX

- 1. Demokratisches Prinzip 27
 - a) Die Grundlage der Staatsgewalt: Souveränität und Demokratie – Das Verhältnis von Demokratie und Rechtsstaat 27
 - b) Die Ausübung der Souveränität: Direkte und repräsentative Demokratie 28
 - c) Die Umsetzung der repräsentativen Demokratie 30
 - aa) Wahlsystem 30
 - bb) Parteienstaatlichkeit 30
- 2. Organisation der Staatsgewalt: Unitarismus und Föderalismus 31
- 3. Grundrechte und Verfassungsgerichtsbarkeit 32
 - a) Deutschland 32
 - b) Frankreich 34
- IV. Fazit und Perspektiven: Die Entwicklung der Verfassungen und die großen einschneidenden Reformen 35
- V. Verfassungs- und Gesetzestexte in Auszügen 40
 - 1. Verfassungsgesetze der III. Republik (1875 und 1884) 40
 - 2. Verfassungsgesetz vom 10. Juli 1940 41
 - 3. Verfassung der IV. Republik (1946) 41
 - 4. Verfassungsgesetz vom 3. Juni 1958 „portant dérogation transitoire aux dispositions de l’article 90 de la Constitution“ 42
 - 5. Weimarer Reichsverfassung (1919) 42
 - 6. Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich (Ermächtigungsgesetz) vom 24. März 1933 43
- Ausgewählte Literatur 44
- § 3 Verfassungsprinzipien (Yoan Vilain) 45**
 - I. Einleitung 46
 - 1. Verfassungsbegriff und Methode 46
 - 2. Verfassungsprinzipien 49
 - II. Republik 50
 - 1. Begriffsbildung 50
 - 2. Republik als Regierungsform 52
 - a) Die antimonarchistische Bedeutung des Republikbegriffs 52
 - b) Die Remanenz der monarchistischen Tradition 53
 - 3. Republik als Grund- und Werteordnung 54
 - a) Republik als verfassungsmäßige Grundordnung 54
 - b) Republik als Gesellschaftsmodell und universelle Werteordnung 57
 - aa) Der republikanische Universalismus: Ursprungsidee und Fortentwicklung 57
 - bb) Die gemeinsame Bindung an universalistische Verfassungsprinzipien und an die Menschenwürde 60
 - III. Der säkulare Verfassungsstaat 62
 - 1. Die religiös-weltanschauliche Neutralität des Staates als Verfassungsprinzip? 62

2. Die religiös-weltanschauliche Neutralität des Staates im Vergleich	64
a) Laizität als politischer Kampf- und Gegenbegriff	64
b) Trennungsmo­dell im Vergleich	65
IV. Herrschaftsform	68
1. Demokratische Legitimation und nationale Souveränität	69
2. Verschiedene Demokratiemodelle	71
a) Repräsentative und direkte Demokratie	71
b) Politische Willensbildung und Bedeutung der Parteien	73
3. Wehrhafte Demokratie und Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung	75
a) Begriffsbildung	75
b) Rechtsdogmatischer Vergleich	77
V. Staatsform	80
1. Staatsform als Gliederung der Rechtsordnung	80
a) Ausgangspunkt: Bundestaat und Einheitsstaat als Gegenmodelle? ...	80
b) Der Weg zum dezentralisierten Einheitsstaat und zum unitarischen Bundesstaat	82
2. Gesetzgebungskompetenzen	85
a) Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen	85
b) Die Mitwirkung bei der Gesetzgebung: Bundesrat und Senat im Vergleich	88
3. Staatsaufbau und kommunale Selbstverwaltung	89
a) Verwaltungsaufbau	89
b) Kommunale Selbstverwaltung	91
VI. Rechtsstaat	94
1. Begriffsbildung	94
2. Hauptelemente des Rechtsstaatsbegriffes	99
a) Hierarchie der Rechtsordnung	99
aa) Vorrang der Verfassung	100
bb) Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes	101
cc) Rechtsschutz	102
b) Prinzip der Gewaltenteilung	103
c) Formelle Anforderungen an die Rechtserzeugung	106
d) Materielle Anforderungen an die Rechtserzeugung	107
aa) Rechtssicherheit im materiellen Sinne	107
bb) Verhältnismäßigkeitsprinzip	108
VII. Der Sozialstaat	109
1. Begriffsbildung	109
2. Verfassungsdogmatischer Vergleich	111
a) Gemeinsamkeiten	111
b) Dogmatische Unterschiede	112
VIII. Verfassungstexte in Auszügen	115
1. Verfassung der V. Republik (1958)	115
2. Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland (1949)	117
Ausgewählte Literatur	119

§ 4 Parlament – Präsident – Regierung (Yoan Vilain und Mattias Wendel)	121
I. Einleitung	123
II. Parlament und Ländervertretung	124
1. Bikameralismus	124
2. Unmittelbar gewählte Volksvertretung: Assemblée nationale und Bundestag	126
a) Systemische Grundentscheidungen	126
aa) Parlamentarisme rationalisé v. Parlamentsautonomie und Wesentlichkeitslehre	126
bb) Semipräsidentielles v. parlamentarisches Regierungssystem	127
b) Wahlsystem	128
aa) Personalisierte Verhältniswahl	129
bb) Mehrheitswahl	133
cc) Rolle der Parteien	136
c) Funktionen und Aufgaben	137
d) Rechtsstellung der Abgeordneten	139
e) Arbeitsweise	143
aa) Grad parlamentarischer Eigenständigkeit	143
bb) Plenum, Fraktionen, Gruppen, Ausschüsse, Sondergremien	146
cc) Mehrheitsprinzip und Minderheitenrechte	150
3. Senat und Bundesrat	152
a) Wahl bzw. Zusammensetzung	152
b) Funktionen und Aufgaben	155
c) Repräsentationsleistung und institutionelles Selbstverständnis ...	157
d) Arbeitsweise	159
III. Staatspräsident und Bundespräsident	160
1. Institutionelles Selbstverständnis und Wahl	161
a) Stellung und Funktion des Präsidentenamtes im politischen System	161
aa) Das Erbe der Monarchie und die Verkörperung der Souveränität durch den König	161
bb) Das Staatsoberhaupt als Repräsentations- und Integrationsfigur	163
cc) Die politische Autorität des Staatspräsidenten im Spiegel der staatsnotariellen Funktion des Bundespräsidenten	167
b) Wahl und Amtsdauer	170
aa) Wahlkörper und demokratische Legitimation des Staatsoberhauptes	170
bb) Wahlverfahren: Von den Vorwahlen zum Wahlakt	173
cc) Amtsdauer, Kohabitation und Rückkoppelung der Parlaments- an die Präsidentschaftswahlen	176

2. Befugnisse des Bundespräsidenten und des Staatspräsidenten	178
a) Die traditionellen Befugnisse des Staatsoberhauptes	
im Vergleich	178
aa) Außenpolitische Befugnisse	179
bb) Das Rederecht des Staatsoberhauptes	180
cc) Die Ausfertigung von Gesetzen und die	
Unterzeichnung von gesetzesvertretenden Verordnungen	181
dd) Die Ernennungsbefugnis des Staatsoberhauptes	183
ee) Das Begnadigungsrecht und die Ordensverleihung	184
b) Die außerordentlichen Befugnisse des Staatsoberhauptes	184
aa) Der Notstand	184
bb) Der Rückgriff auf den Volksentscheid	186
IV. Regierung	186
1. Die Regierungsbildung im Spiegel der Regierungssysteme	187
a) Die politischen Regierungssysteme im Vergleich	187
b) Die Ernennung und die Amtsaufgabe des Regierungschefs	188
aa) Ernennung	188
bb) Amtsdauer und Ausscheiden aus dem Amt	190
c) Die Zusammensetzung der Regierung	191
2. Die Willensbildung der Regierung	194
a) Befugnisse und Binnenorganisation der Regierung	194
aa) Der Regierungschef und das politische Leitungsprinzip	194
bb) Die Minister und das Ressortprinzip	196
cc) Die Regierung und das Kollegialprinzip	197
b) Die inhaltliche Willensbildung der Regierung im	
Spiegel der Staatspraxis	198
V. Gesamtbild: Macht und Gegenmacht	199
1. Parlament – Regierung	199
a) Parlamentarische Einsetzung und Kontrolle der Regierung	199
b) Gubernative Eindämmung des Parlaments	204
2. Parlament – Staatsoberhaupt	205
a) Parlamentarische Kontrolle des Präsidenten?	205
b) Präsidiale Auflösung und Kontrolle des Parlaments	207
3. Präsident und Regierung	209
VI. Verfassungstexte in Auszügen	210
1. Verfassung der V. Republik (1958)	210
2. Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland (1949)	212
Ausgewählte Literatur	213
§ 5 Rechtsetzung (Nikolaus Marsch)	215
I. Einleitung	216
II. Rechtsetzungskompetenzen	217
1. Verbandskompetenz in Bundesstaat und Einheitsstaat	218

2. Organkompetenz	219
a) Parlamentarische Rechtsetzungskompetenz: Das Gesetz	219
aa) (Nahezu) Unbeschränkte parlamentarische Rechtsetzungskompetenz in Deutschland	221
bb) Enumerative parlamentarische Rechtsetzungskompetenz in Frankreich (Art. 34 CF)	222
b) Rechtsetzung durch die Regierung: Die Rechtsverordnung	223
aa) Das Prinzip der delegierten Rechtsetzung in Artikel 80 Abs. 1 GG – Die Gesetzesakzessorische Verordnung	223
bb) Die autonome Verordnungsbefugnis des Art. 37 CF	225
(1) Konzeptionelle Revolution	225
(2) Verfassungspraxis	226
cc) Rechtsvergleichendes Zwischenfazit: Gesetzesakzessorische Verordnungen mit und ohne gesetzliche Ermächtigung	228
dd) Die gesetzvertretende Verordnung (ordonnance) nach Artikel 38 CF	229
c) Fazit: Verbleibende konzeptionelle Unterschiede trotz Konvergenzen in der Verfassungspraxis	232
III. Parlamentarisches Gesetzgebungsverfahren	234
1. Das allgemeine parlamentarische Gesetzgebungsverfahren	234
a) Rechtsgrundlagen – Bedeutung der Geschäftsordnungen	234
b) Erarbeitung eines Gesetzentwurfs	235
aa) Initiativrecht	235
bb) Gesetzesfolgenabschätzung	239
cc) Beteiligung von Beratungsorganen, (sachverständigen) Dritten und Verbänden	240
c) Vom Entwurf zum Beschluss in Nationalversammlung und Bundestag	243
aa) Tagesordnung und Sitzungskalender als Machtinstrumente der französischen Regierung/Parlamentsautonomie in Deutschland	243
bb) Beratung in Plenum und Ausschüssen: Obstruktion im rationalisierten Parlamentarismus	245
cc) Einfluss der Regierung auf das Gesetzgebungsverfahren	248
dd) Abstimmung	250
ee) Grundsatz materieller Diskontinuität	251
d) Die Beteiligung von Senat und Bundesrat an der Gesetzgebung	252
e) Gesetzgebung ohne parlamentarische Mehrheit: Ausnahme für den Krisenfall oder „Waffe“ der Regierung	256
f) Die Beteiligung des Staatsoberhauptes: Ausfertigung, Verkündungsanordnung – und präsidentiales Veto?	257
g) Verfassungsgerichtliche Kontrolle von Verfahrensverstößen	259

h) Allgemeine prozedurale und materielle „Qualitätsanforderungen“	259
2. Besondere Gesetzgebungsverfahren	261
a) Volksgesetzgebung	261
b) Verfassungsänderungen	264
c) Lois organiques (verfassungsausführende Gesetze)	265
IV. Fazit	266
V. Verfassungstexte in Auszügen	267
1. Verfassung der V. Republik (1958)	267
2. Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland (1949)	271
Ausgewählte Literatur	272
§ 6 Verfassungsgerichtsbarkeit (Nikolaus Marsch)	275
I. Einleitung: Über das unterschiedliche Renommee zweier Institutionen	276
II. Die historische Entwicklung der Verfassungsgerichtsbarkeit	278
1. Vorgängerinstitutionen	278
2. Conseil constitutionnel und Bundesverfassungsgericht	280
a) Eigenständige Verfassungsgerichtsbarkeit/Konzentrierte Normenkontrolle	280
b) Unterschiedliche Funktionen als Ausgangspunkt: „Der Gang nach Karlsruhe“ und „Die neun Weisen“	280
c) Ringen um Anerkennung	281
aa) Das Bundesverfassungsgericht als Verfassungsorgan	282
bb) Der Conseil constitutionnel als Gericht	282
III. Richterauswahl und Organisation	284
1. Richterwahlverfahren/Richterernennung	284
2. Ernennungsvoraussetzungen/Richtersozio­logie	286
3. Organisation der Gerichte	288
IV. Aufgaben und Verfahrensarten	290
1. Überblick	290
2. Abstrakte Normenkontrollen auf Antrag politischer Akteure	291
a) Abstrakte Normenkontrollen als objektive Beanstandungsverfahren	291
b) Prüfungsgegenstände/Zeitpunkt der Prüfung	293
c) Antragsberechtigung, Antragsgrund und Klarstellungsinteresse	295
d) Kontrollmaßstäbe	296
e) Kontrolldichte, Urteilsbegründungen und Sondervoten	298
f) Entscheidungsinhalt, Entscheidungswirkung und Rechtsfolgenmanagement	301
g) Einstweilige Anordnungen	302
h) Bilanz: Die abstrakte Normenkontrolle als Instrument der politischen Opposition	302

3. Grundrechtsschutz auf Antrag des Bürgers	304
a) Deutschland: Individualrechtsschutz durch Verfassungsbeschwerde	304
b) Frankreich: Menschenrechtsschutz durch Fachgerichte	306
4. Konkrete Normenkontrollen: Objektive Verfassungskontrolle und Individualrechtsschutz	308
a) Funktionen der konkreten Normenkontrolle	308
b) Antragsberechtigung/Vorlageberechtigung	309
c) Vorlagevoraussetzungen und Vorprüfungsverfahren	310
d) Verhältnis von konkreter Normenkontrolle, Vorabentscheidungsverfahren gemäß Art. 267 AEUV und diffuser Menschenrechtskontrolle am Maßstab der EMRK	312
e) Vorlagegegenstand/Prüfungsbefugnis	312
f) Das Verfahren vor dem Verfassungsgericht	313
g) Kontrollmaßstäbe	314
h) Entscheidungsinhalt, Entscheidungswirkung, Rechtsfolgenmanagement	315
i) Bilanz: Die QPC als indirekte Verfassungsbeschwerde/ Das unterschiedliche Verhältnis der Verfassungsgerichte zu den Fachgerichten	316
5. Organstreitverfahren zwischen Verfassungsorganen	317
V. Rechtsvergleichende Bilanz	319
VI. Verfassungstexte in Auszügen	320
1. Verfassung der V. Republik (1958)	320
2. Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland (1949)	320
Ausgewählte Literatur	321
§ 7 Grundrechte (Thomas Hochmann)	323
I. Einleitung	324
1. Deutsche Grundrechte und französische Menschenrechte	324
a) Geschichtliche Entwicklung	324
b) Herausbildung der Grundrechte in Frankreich	327
2. Die Deutsche Grundrechtsdogmatik und ihr Fehlen in Frankreich ...	329
II. Gerichtlicher Prüfungsumfang	332
1. Verfassungsmäßigkeit	332
a) Verfassungskonforme Auslegung	333
b) Kontrolle der Verfassungsmäßigkeit	334
2. Vereinbarkeit mit der EMRK	335
III. Grundrechtsberechtigte und Grundrechtsadressaten	337
1. Grundrechtsberechtigte	337
a) In- und Ausländer	337
b) Juristische Personen	339
2. Adressaten: Die Frage der Drittwirkung	340
IV. Inhalt der Verpflichtung	342

1. Unterlassen	342
2. Schutz	343
3. Ausgestaltung	344
V. Grundrechtstypologie	346
1. Die Menschenwürde	346
2. Freiheitsrechte	347
a) Ein ausführlicherer Katalog in Deutschland (und die Folge für die allgemeine Handlungsfreiheit)	348
b) Einzelne Freiheitsrechte	351
aa) Meinungs(äußerungs)freiheit	351
bb) „Normgeprägte Grundrechte“: Eigentum und Ehe	352
3. Leistungsrechte	354
a) Ein ausführlicherer Katalog in Frankreich	354
b) Justiziabilität	355
4. Politische Rechte	357
VI. Gewährleistungsumfang und Beschränkung von Grundrechten	358
1. Schutzbereich	359
2. Eingriff	360
3. Eingriffsrechtfertigung	361
a) Beschränkungsmöglichkeiten	361
aa) Einfacher und qualifizierter Gesetzesvorbehalt	361
bb) Verfassungsimmanente Schranken	364
b) Schranken-Schranken	365
aa) Verhältnismäßigkeit	365
bb) Wesensgehalt	367
VII. Verfassungstexte in Auszügen	368
1. Auszüge aus der Verfassung der V. Republik (1958)	368
2. Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte	369
3. Präambel der Verfassung der IV. Republik (1946)	369
4. Auszüge aus dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland (1949)	370
Ausgewählte Literatur	371
§ 8 Verfassungsrecht – Völkerrecht – Europarecht (Mattias Wendel)	373
I. Einleitung	374
II. Verfassungsrecht und Völkerrecht	376
1. Theoretische und terminologische Vorüberlegung	377
a) Monismus, Dualismus, Pluralismus	377
b) Unmittelbare Geltung und unmittelbare Anwendbarkeit	379
2. Staatliches Verfassungsrecht und Völkerrecht im Allgemeinen	380
a) Innerstaatliche Stellung und Rang des Völkerrechts	380
b) Horizontale und vertikale Kompetenzverteilung der auswärtigen Gewalt	381
3. Staatliches Verfassungsrecht und EMRK im Speziellen	383
III. Verfassungsrecht und Europarecht	385

1. Deutsch-französische Entwicklungslinien	386
a) Gründungsjahre	386
b) Vertrag von Maastricht	387
c) Vertrag von Lissabon	388
d) Finanzkrise und sog. „Eurorettung“	389
2. Grundmodell der Integrationsklausel	391
a) Etappenweise <i>révision-adjonction</i>	391
b) Dynamische Integrationsermächtigung	394
c) Integrationsverfahren	396
3. Verfassungsrechtliche Grenzen und Strukturanforderungen	398
a) Verfassungsrechtliche Integrationsgrenzen	398
aa) Änderungsfeste und nicht änderungsfeste Grenzen	398
bb) Substanzieller Gehalt	400
b) Verfassungsrechtliche Strukturvorgaben für die EU	402
4. Parlamentarische und föderative Beteiligungsrechte	403
5. Verfassungsrecht und unionsrechtlicher Vorrang: Regelungsmodelle	405
a) Die bedingte Anerkennung des Vorrangs durch das BVerfG	406
aa) Grundrechte: Solange-Vorbehalt	406
bb) Kompetenzmäßigkeit: Ultra-Vires-Vorbehalt	408
cc) Verfassungsrechtliche Kerngehalte: Identitätskontrolle	409
b) Die bedingte Anerkennung des Vorrangs durch französische Gerichte	411
aa) Verfassungsrat: Identitätsvorbehalt	412
bb) Staatsrat: Äquivalenzvorbehalt	415
c) Gerichtlicher Dialog	418
IV. Fazit und Ausblick	420
V. Verfassungstexte in Auszügen	421
1. Verfassung der V. Republik (1958)	421
2. Präambel der IV. Republik (1946)	423
3. Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland (1949)	423
Ausgewählte Literatur	425
§ 9 Perspektiven (Aurore Gaillet)	429
I. Einleitung	429
II. Verfassungsrechtliche und politische Stabilität	431
1. Ausgangspunkt	431
2. Politische und juristische Flexibilität der beiden Regime	431
a) Die Verfestigung der Staaten im Rahmen der Europäischen Union	432
b) Die Verankerung der Verfassungen	433
c) Die Stabilisierung der institutionellen Gleichgewichte	436
III. „Vingt fois sur le métier, remettez votre ouvrage“	438
1. Die VI. Republik – Das Phantom des französischen Verfassungsrechts	438
2. Die Frage nach „dem Ende des Grundgesetzes“	442

Inhaltsverzeichnis	XIX
IV. Von der Vertrauenskrise zur Definition eines „ <i>vivre ensemble</i> “: Die Verfassungserneuerung als fortwährende Verpflichtung	448
Personen- und Sachregister	453

Autorenverzeichnis

Prof. Dr. Aurore Gaillet Professeure agrégée an der Universität Toulouse I Capitole und Mitglied des Instituts de recherche en droit européen, international et comparé (IRDEIC), Dozentin für französisches Verfassungs- und Verwaltungsrecht an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i. Br. und der Universität Osnabrück, Promotion an den Universitäten Straßburg und Freiburg mit einer Dissertation zur Geschichte des deutschen Verfassungs- und Verwaltungsrechts (*L'individu contre l'Etat – Essai sur l'évolution des recours de droit public dans l'Allemagne du XIXe siècle*, Dalloz 2012).

Prof. Dr. Thomas Hochmann Professeur agrégé an der Universität Reims Champagne-Ardenne, Promotion an der Universität Paris I Panthéon-Sorbonne mit einer Dissertation zur Auschwitzleugnung in Deutschland, Frankreich und den USA (*Le négationnisme face aux limites de la liberté d'expression – Étude de droit comparé*, Pedone 2013).

Dr. Nikolaus Marsch D.I.A.P. (ENA) Akademischer Rat a. Z. am Institut für Medien- und Informationsrecht der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i. Br., Promotion an der Universität Osnabrück mit einer Dissertation zum französischen Verwaltungsprozessrecht (Subjektivierung der gerichtlichen Verwaltungskontrolle in Frankreich – Eilverfahren und Urteilsimplementation im objektiv-rechtlich geprägten Kontrollsystem, Nomos 2011).

Yoan Vilain LL.M. (Berlin) Studienleiter der Humboldt European Law School und Dozent für französisches Verfassungs- und Verwaltungsrecht an der Humboldt-Universität zu Berlin, Mitbegründer und Geschäftsführer des Deutsch-Französischen Doktorandenkollegs zur Rechtsvergleichung im Öffentlichen Recht.

Dr. Mattias Wendel Maîtr. en droit (Paris 1) Wissenschaftlicher Assistent am Walter-Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht der Humboldt-Universität zu Berlin, Promotion ebendort mit einer rechtsvergleichenden Dissertation zu

verfassungsrechtlichen Integrationsklauseln (Permeabilität im europäischen Verfassungsrecht – Verfassungsrechtliche Integrationsnormen auf Staats- und Unions-ebene im Vergleich, Mohr Siebeck 2011), seit 2012 Mitherausgeber der Cahiers de droit européen.

Recherchehinweise und allgemeines Literaturverzeichnis

Internetquellen für die Recherche von Rechtstexten und Urteilen

Die französische Verfassung findet sich sowohl in französischer Sprache als auch in einer deutschen Übersetzung auf der Homepage des Conseil constitutionnel (www.conseil-constitutionnel.fr). Hier können auch alle Entscheidungen des Conseil constitutionnel abgerufen werden (teilweise mit einer Kommentierung und mit Hinweisen auf weiterführende Literatur versehen; manche Entscheidungen sind auch in einer englischen und deutschen Übersetzung verfügbar).

Weitere französische Rechtstexte und Urteile können über die Website www.legifrance.gouv.fr recherchiert werden.

Die neueren Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts finden sich (zum Teil auch in einer englischen Übersetzung) auf der Homepage des Gerichts (www.bundesverfassungsgericht.de). Die Leitentscheidungen des BVerfG sind darüber hinaus mit Angabe der Seitenzahlen der Entscheidungssammlung (BVerfGE) auf der Website des Projekts „Deutschsprachiges Fallrecht“ abrufbar (www.servat.unibe.ch/dfr/dfr_bvbd01.html).

Deutsche Rechtstexte sind verfügbar unter www.gesetze-im-internet.de.

Allgemeine Literatur zum französischen und deutschen Verfassungsrecht

Im Folgenden werden jene allgemeinen Lehrbücher, Kommentare und Einführungen in das französische und deutsche Verfassungsrecht aufgeführt, die als Grundlage für die Arbeiten an mehreren Kapiteln dienen und daher nicht durchgängig in den speziellen Literaturhinweisen der jeweiligen Kapitel aufgeführt sind.

Französisches Verfassungsrecht

Avril, Pierre/Gicquel, Jean, Le Conseil constitutionnel, 6. Aufl., Paris 2011 (Montchrestien).

Ardant, Philippe/Mathieu, Bertrand, Institutions politiques et droit constitutionnel, 25. Aufl., Paris 2013 (LGDJ).

Carcassonne, Guy, La Constitution, 11. Aufl., Paris 2013 (Points).

- Chantebout, Bernard*, Droit constitutionnel, 30. Aufl., Paris 2013 (Sirey).
- Constantinesco, Vlad/Pierré-Caps, Stéphane*, Droit constitutionnel, 6. Aufl., Paris 2013 (puf).
- Drago, Guillaume*, Contentieux constitutionnel français, 3. Aufl., Paris 2011 (puf).
- Duhamel, Olivier/Tusseau, Guillaume*, Droit constitutionnel et institutions politiques, 3. Aufl., Paris 2013 (Seuil).
- Favoreu, Louis et al.*, Droit constitutionnel, 16. Aufl., Paris 2014 (Dalloz).
- Favoreu, Louis et al.*, Droit des libertés fondamentales, 6. Aufl., Paris 2012 (Dal-loz).
- Gaïa, Patrick et al.*, Les grandes décisions du Conseil constitutionnel, 17. Aufl., Paris 2013 (Dalloz).
- Gicquel, Jean/Gicquel, Jean-Éric*, Droit constitutionnel et institutions politiques, 27. Aufl., Paris 2013 (LGDJ).
- Hamon, Francis/Troper, Michel*, Droit constitutionnel, 35. Aufl., Paris 2014 (LGDJ).
- Jouanjan, Olivier*, Grundlagen und Grundzüge staatlichen Verfassungsrechts: Frank-reich, in: v. Bogdandy/Cruz Villalón/Huber (Hrsg.), Ius Publicum Europaeum Band I, 2007, S. 87–150 (C. F. Müller).
- Lebreton, Gilles*, Libertés publiques et droits de l’homme, 8. Aufl., Paris 2008 (Si-rey).
- Morabito, Marcel*, Histoire constitutionnelle de la France, de 1789 à nos jours, 12. Aufl., Paris 2012 (Montchrestien).
- Pactet, Pierre/Mélin-Soucramanien, Ferdinand*, Droit constitutionnel, 32. Aufl., Paris 2013 (Sirey).
- Portelli, Hugues*, Droit constitutionnel, 10. Aufl., Paris 2013 (Dalloz).
- Rousseau, Dominique*, Droit du contentieux constitutionnel, 10. Aufl., Paris 2013 (Montchrestien).
- Troper/Chagnollaud (Hrsg.), Traité international de droit constitutionnel (3 Bände) – Bd. I: Théorie de la Constitution, Bd. II: Distribution des pouvoirs, Bd. III: Supré-matie de la Constitution, Paris 2012 (Dalloz).
- Turpin, Dominique*, Droit constitutionnel, Paris 2007 (puf).
- Wachsmann, Patrick*, Libertés publiques, 7. Aufl., Paris 2013 (Dalloz).

Deutsches Verfassungsrecht

- Badura, Peter*, Staatsrecht – Systematische Erläuterung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, 5. Aufl., München 2012 (C. H. Beck).
- Battis, Ulrich/Gusy, Christoph*, Einführung in das Staatsrecht, 5. Aufl., Berlin 2011 (De Gruyter).
- Benda, Ernst/Klein, Eckart*, Verfassungsprozessrecht, 3. Aufl., Heidelberg 2012 (C. F. Müller).
- Degenhart, Christoph*, Staatsrecht I – Staatsorganisationsrecht, 30. Aufl., Heidel-berg 2014 (C. F. Müller).
- Denninger, Erhard/Hoffmann-Riem, Wolfgang/Schneider, Hans-Peter/Stein, Ek-kehart (Hrsg.), Alternativ-Kommentar zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, 3. Aufl., München 2001 (Luchterhand).
- Kahl, Wolfgang/Waldhoff, Christian/Walter, Christian (Hrsg.), Bonner Kommentar zum Grundgesetz, Loseblatt, Heidelberg 2014 (C. F. Müller).

- Dreier, Horst (Hrsg.), Grundgesetz, Bd. I, 3. Aufl. 2013, Bd. II, 2. Aufl. 2006, Bd. III, 2. Aufl. 2008 und Supplementum, 2. Aufl., Tübingen 2010 (Mohr Siebeck).
- Dreier, Horst*, Grundlagen und Grundzüge staatlichen Verfassungsrechts: Deutschland, in: v. Bogdandy/Cruz Villalón/Huber (Hrsg.), *Ius Publicum Europaeum*, Band I, Heidelberg 2007, S. 3–85 (C. F. Müller).
- Epping, Volker*, Grundrechte, 6. Aufl., Berlin u. a. 2014 (Springer).
- Epping, Volker/Hillgruber, Christian (Hrsg.), Grundgesetz – Kommentar, 2. Aufl., München 2013 (C. H. Beck).
- Friauf, Karl Heinrich/Höfling, Wolfram (Hrsg.), Berliner Kommentar zum Grundgesetz, Loseblatt, Berlin 2014 (Erich Schmidt Verlag).
- Gröpl, Christoph*, Staatsrecht I, 5. Aufl., München 2013.
- Hesse, Konrad*, Grundzüge des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland, 20. Aufl., Heidelberg 1999 (Neudruck der unveränderten Ausgabe von 1995) (C. F. Müller).
- Hillgruber, Christian/Goos, Christoph*, Verfassungsprozessrecht, 3. Aufl., Heidelberg 2011 (C. F. Müller).
- Ipsen, Jörn*, Staatsrecht I – Staatsorganisationsrecht, 25. Aufl., München 2013 (Vahlen).
- Jarass, Hans D./Pieroth, Bodo*, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, 13. Aufl., München 2014 (C. H. Beck).
- von Mangoldt, Hermann/Klein, Friedrich/Starck, Christian (Hrsg.), Kommentar zum Grundgesetz. Bde. I-III, 6. Aufl., München 2010 (Vahlen).
- Maurer, Hartmut*, Staatsrecht I – Grundlagen, Verfassungsorgane, Staatsfunktionen, 6. Aufl., München 2010 (C. H. Beck).
- Maunz, Theodor/Dürig, Günter (Begr.), Grundgesetz, Loseblatt-Kommentar, München 2014 (C. H. Beck).
- Michael, Lothar/Morlok, Martin*, Grundrechte, 4. Aufl., Baden-Baden 2014 (Nomos).
- Morlok, Martin/Michael, Lothar*, Staatsorganisationsrecht, Baden-Baden 2013 (Nomos).
- v. Münch, Ingo/Kunig, Philip (Hrsg.), Grundgesetz-Kommentar, 6. Aufl., München 2012 (C. H. Beck).
- v. *Münch, Ingo/Mager, Ute*, Staatsrecht I – Staatsorganisationsrecht unter Berücksichtigung der europarechtlichen Bezüge, 8. Aufl., Stuttgart 2014 (Kohlhammer).
- Pieroth, Bodo/Schlink, Bernhard/Kingreen, Thorsten/Poscher, Ralf*, Grundrechte Staatsrecht II, 30. Aufl., Heidelberg 2014 (C.F. Müller).
- Sachs, Michael (Hrsg.), Grundgesetz – Kommentar, 7. Aufl., München 2014 (C. H. Beck).
- Sauer, Heiko*, Staatsrecht III, 2. Aufl., München 2013 (C. H. Beck).
- Schmidt-Bleibtreu, Bruno/Hoffmann, Hans/Henneke, Hans-Günter (Hrsg.), Kommentar zum Grundgesetz, 13. Aufl., Köln 2014 (Carl Heymanns).
- Schlaich, Klaus/Korioth, Stefan*, Das Bundesverfassungsgericht – Stellung, Verfahren, Entscheidungen, 9. Aufl., München 2012 (C. H. Beck).
- Schweitzer, Michael*, Staatsrecht III, 10. Aufl., Heidelberg 2010 (C. F. Müller).
- Zippelius, Reinhold/Würtenberger, Thomas*, Deutsches Staatsrecht, 32. Aufl., München 2008 (C. H. Beck).

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
ABl.	Amtsblatt, Amtsblätter
Abs.	Absatz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a. F.	alte Fassung
AIJC	Annuaire International de Justice Constitutionnelle
AJComL	American Journal of Comparative Law
AJDA	Actualité Juridique – Droit Administratif (Zeitschrift)
allg.	allgemein
Alt.	Alternative
Anm.	Anmerkung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts (Zeitschrift)
Art.	Artikel
Ass.	Assemblée du Contentieux (höchster Spruchkörper der Rechtsprechungssektion des C.E.)
Aufl.	Auflage
Az.	Aktenzeichen
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
Bd.	Band
Bde.	Bände
Begr.	Begründer
Beschl.	Beschluss
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
C.C.	Conseil Constitutionnel

C.Cass.	Cour de cassation
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
C.E.	Conseil d'Etat
CF	Constitution Française (Verfassung von 1958)
Chap.	Chapitre (Kapitel)
CMLR	Common Market Law Review (Zeitschrift)
Cons.	Considérant (Absatz eines Urteil des C.C.)
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ders.	derselbe
Der Staat	Der Staat – Zeitschrift für Staatslehre, öffentliches Recht und Verfassungsgeschichte
Die Verwaltung	Die Verwaltung – Zeitschrift für Verwaltungsrecht und Verwaltungswissenschaften
dies.	dieselbe(n)
Diss.	Dissertation
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
Drs.	Drucksache
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt (Zeitschrift)
d. Verf.	die Verfasserin/der Verfasser
ebd.	ebenda
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
ELRev.	European Law Review (Zeitschrift)
EMRK	Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
Entsch.	Entscheidung
EP	Europäisches Parlament
EPL	European Public Law (Zeitschrift)
ESM	Europäischer Stabilitätsmechanismus
et al.	et alia (und andere)
EU	Europäische Union
EuConst	European Constitutional Law Review (Zeitschrift)
EuG	Gericht der Europäischen Union (ehemals Gericht erster Instanz)
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuR	Europarecht (Zeitschrift)
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EUZBBG	Gesetz über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union
EUZBLG	Gesetz über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWS	Europäisches Währungssystem
EZB	Europäische Zentralbank

f.	folgende (sing.)
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDP	Freie Demokratische Partei
ff.	folgende (plur.)
F.I.D.E.	Fédération Internationale pour le Droit Européen
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
geb.	geboren
GG	Grundgesetz
GJL	German Law Journal
GO	Geschäftsordnung
GOBR	Geschäftsordnung des Bundesrates
GOBReg	Geschäftsordnung der Bundesregierung
GOBT	Geschäftsordnung des Bundestages
GS	Gedächtnisschrift
GVK	Gemeinsame Verfassungskommission
h. M.	herrschende Meinung
Halbs.	Halbsatz
Hervorh.	Hervorhebung
Hrsg.	Herausgeber
hrsg.	herausgegeben
HStR	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, herausgegeben von Josef Isensee und Paul Kirchhof
ICON	International Journal of Constitutional Law (Zeitschrift)
i. d. F.	in der Fassung
i. E.	im Erscheinen
insb.	insbesondere
Intro.	Introduction
IPE	Ius Publicum Europaeum
i. S. d.	im Sinne des/der
i. V. m.	in Verbindung mit
J.O.	Journal Officiel (Gesetz- und Verkündungsblatt)
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart
Jura	Juristische Ausbildung (Zeitschrift)
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
KritJ	Kritische Justiz (Zeitschrift)
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft (Zeitschrift)
Lfg.	Lieferung
L.O.	Loi organique
Losebl.	Loseblatt(sammlung)
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
Mio.	Million(en)

n. F.	neue Fassung
Nachdr.	Nachdruck
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
ParlBG	Gesetz über die parlamentarische Beteiligung bei der Entscheidung über den Einsatz bewaffneter Streitkräfte im Ausland (Parlamentsbeteiligungsgesetz)
PartG	Parteiengesetz (Deutschland)
QPC (auch qpc)	Question Prioritaire de Constitutionnalité
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RDP	Revue du Droit Public et la Science Politique en France et à l'Étranger (Zeitschrift)
RDUE	Revue du droit de l'Union européenne (Zeitschrift)
Rec.	Recueil
REDP	Revue européenne de droit public (Zeitschrift)
RFDA	Revue Française de Droit Administratif (Zeitschrift)
RFDC	Revue Française de Droit Constitutionnel (Zeitschrift)
Rn.	Randnummer
RSA	Regards sur l'actualité (Publikationsreihe, documentation française)
S.	Seite
s.	siehe
s. a.	siehe auch
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung (des EuGH)
s. o.	siehe oben
sog.	sogenannte(r)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
str.	streitig
u.	und
u. a.	unter anderem bzw. (bei Autorennennungen) und andere
Urt.	Urteil
v.	vom
v. a.	vor allem
Verf.	Verfassung
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
VerwArch	Verwaltungsarchiv (Zeitschrift)
vgl.	vergleiche
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VVE	Vertrag über eine Verfassung für Europa
VvL	Vertrag von Lissabon

VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VRÜ	Verfassung und Recht in Übersee (Zeitschrift)
z. B.	zum Beispiel
ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZEuS	Zeitschrift für europarechtliche Studien
ZfV	Zeitschrift für Verwaltung
ZgS	Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft
ZöR	Zeitschrift für öffentliches Recht
ZP	Zusatzprotokoll (zur Europäischen Menschenrechtskonvention)
ZParl	Zeitschrift für Parlamentsfragen
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZVglRWiss	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft